**Stillstand und Fortschritt**

**auf dem Weg zur Energie-Wende**

 **(Stand: April 2023)**

**EINLEITUNG: Im Monat April gab es – im Guten wie im Schlechten – einige bedeutende klimapolitische Ereignisse: So hat der von der deutschen Regierung eingesetzte *Expertenrat für Klimafragen* die Klimapolitik der Bundesrepublik heftig kritisiert. Und im Bundeskabinett wurden zwei wichtige Gesetzesvorhaben zur Klimapolitik verabschiedet: erstens das Gebäudeenergiegesetz – sein Schicksal im weiteren Gesetzgebungsverfahren ist allerdings ungewiss; und zweitens das Energieeffizienzgesetz.[[1]](#footnote-1)**

1. **Der von der deutschen Regierung eingesetzte *Expertenrat für Klimafragen* kritisiert die deutsche Klimapolitik heftig.**

Auf den ersten Blick dürfte die deutsche Klimapolitik nach Plan verlaufen: Im Jahr 2022 scheint Deutschland seine Klimaziele eingehalten zu haben, die Emissionen sanken gegenüber dem Vorjahr um knapp zwei Prozent.

Doch nun zeichnet der Expertenrat, ein fünfköpfiges Wissenschaftler-Gremium, ein anderes Bild: Allein die durch die Ukrainekrise verursachten Effekte – Wirtschaft und Gesellschaft auf Sparflamme – haben die Emissionen 2022 stark sinken lassen. In Wirklichkeit ist aber kaum ein klimarelevanter Bereich der deutschen Gesellschaft auf Kurs. Wenn sich dies nicht änderte, könnte Deutschland sein Klimaziel für 2030 krachend verfehlen.

Der Expertenrat hat seinen Bericht zur jüngsten Emissionsbilanz des Bundes am 17. April vorgelegt, so wie es das Klimaschutzgesetz verlangt. Demnach waren die Emissionen 2022 zwar um 14 Millionen Tonnen zurückgegangen. Davon gingen aber eben allein neun Millionen auf eine schwächere Wirtschaftsleistung infolge des Kriegs in der Ukraine zurück. Die Industrie habe zwar sparsamer mit Energie gewirtschaftet. Das aber nur temporär - wegen der hohen Energiepreise. Ähnlich verhalte es sich bei der Wärme. Und auch im Verkehr stiegen die Emissionen trotz hoher Spritpreise und Neun-Euro-Ticket. Auch der Bestand an Verbrennerfahrzeugen habe sich nur marginal reduziert. Ebenso setze sich die klimafreundliche Wärmepumpe in Gebäuden bisher zu langsam durch. Beide Sektoren, Gebäude und Verkehr, haben somit in der Vergangenheit ihre Sektorenziele gerissen. (Nicht zum ersten Mal!) Auch der Abschied von den fossilen Energien gehe zu langsam voran, warnen die Wissenschaftler.

Gemäß den Bestimmungen des Klimaschutzgesetzes müsste deshalb – bis Mitte Juli – ein Sofortprogramm jener Ministerien erstellt werden, die für die erwähnten Mankos zuständig sind. Dies geschieht aber nicht. Denn Ende März hatten sich die Spitzen der Koalition darauf verständigt, ihre früheren Vereinbarungen zu brechen, und das Klimaschutzgesetz zu ändern. "Zukünftig werden alle Sektoren aggregiert betrachtet", hielten sie nun fest. Vor allem den Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) könnte dies entlasten, der bisher mehrfach ein wirksames Sofortprogramm schuldig geblieben war.

**Der Expertenrat sieht dieses Vorgehen der Koalition sehr kritisch. Denn dies könnte die Verantwortung der Ressorts aufweichen, und das Risiko für zukünftige Zielverfehlungen erhöhen.**

Zukünftige Verfehlungen bahnen sich in der Tat an. Bleibe es beim bisherigen Tempo im Klimaschutz, werde das Ziel für 2030 um etwa 40 Prozent verfehlt, prognostizieren die Experten: Statt der angepeilten 438 Millionen Tonnen Treibhausgase würde das Land dann 628 Millionen Tonnen emittieren - fern der Vereinbarung von Paris, fern auch der Forderungen des ergangenen Urteils des Bundesverfassungsgerichts.

Eine „höflich formulierte, aber schallende Ohrfeige für die Klimapolitik der Bundesregierung", sei der Bericht des Expertenrates kommentiert Greenpeace-Chef Martin Kaiser. Denn jene Spielräume in anderen Sektoren, auf die die Koalition mit ihrer "aggregierten" Betrachtung spekuliere, gebe es schlicht nicht. Siehe **#76**.

Siehe auch **#01, #14, #87**

1. **Das Bundeskabinett hat am 19. April einen Entwurf zum Gebäudeenergiegesetz verabschiedet. Laut diesem Entwurf sollen in den kommenden Jahren fossil betriebene Wohnungsheizungen (Gas, Öl) – nach und nach – ausgetauscht werden zugunsten klimafreundlicher Lösungen. Dies ist ein Vorhaben gigantischen technischen und finanziellen Aufwands, freilich – im Erfolgsfall – auch gigantisch positiver Klimawirkungen. Ob das Gesetz allerdings demnächst[[2]](#footnote-2) in der geplanten Form verabschiedet wird, ist mehr als fraglich, denn es formiert sich massiver Widerstand, vor allem von Seiten der FDP und der Oppositionsparteien.[[3]](#footnote-3)**
* **Aktueller Stand im Wärmesektor:** Derzeit werden noch mehr als 80 Prozent der Wärmenachfrage durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern gedeckt. Von den rund 41 Millionen Haushalten in Deutschland heize nahezu jeder zweite mit Erdgas, gefolgt von Heizöl mit knapp 25 Prozent und Fernwärme mit gut 14 Prozent. Stromdirektheizungen und Wärmepumpen machten jeweils nicht einmal drei Prozent aus.
* **Welche Regeln sind ab 2024 entscheidend?** Ab dem Jahr 2024 soll jede neu eingebaute Heizung auf Basis von 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden. Das soll „technologieneutral“ passieren. Habeck setzt vor allem auf den Einbau von Wärmepumpen. Im Gesetzentwurf genannt werden aber auch ein Anschluss an ein Wärmenetz oder eine Stromdirektheizung sowie alternative Techniken wie Solarthermie, eine Biomasseheizung, eine Wasserstoffheizung oder eine Gasheizung. Hier gelten bestimmte Voraussetzungen – wesentlich ist, dass eine Heizung nachweislich erneuerbare Energieträger nutzt.

* **Werden bestehende Heizungen verboten?** Eine sofortige Austauschpflicht bei Bestandsgebäuden gibt es nicht. Bestehende Heizungen können also weiter betrieben werden. Falls die Heizung kaputtgeht und nicht mehr repariert werden kann, soll es Übergangsfristen geben, ehe eine Anlage mit 65 Prozent Anteil erneuerbarer Energien eingebaut ist. Spätestens bis zum Jahr 2045 soll aber die Nutzung von fossilen Energieträgern beendet sein, danach müssen alle Heizungen vollständig mit erneuerbaren Energien betrieben werden.

* **Gilt das für alle Eigentümer?** Nein, es gibt Sonderregeln, etwa in Fällen, in denen die Heizung kaputtgeht. Das betrifft zum Beispiel Eigentümer von Häusern mit nicht mehr als sechs Wohnungen, die selbst im Gebäude wohnen und älter als 80 Jahre sind – dann muss die 65-Prozent-Vorgabe für erneuerbare Energien nicht eingehalten werden.
* **Was gilt bei kaputten Heizungen?** Generell soll es bei einer sogenannten Heizungshavarie Übergangsfristen geben – das sind Fälle, in denen der Betrieb der Heizungen nicht mehr möglich ist, die Anlage nicht mehr repariert werden kann und schnell ausgetauscht werden muss. Dann soll die Pﬂicht zur Erfüllung der Erneuerbaren-Vorgabe innerhalb von drei Jahren nach dem Heizungsaustausch erfüllt werden. In der Übergangszeit kann vorübergehend eine Gas- oder Ölheizung eingebaut und betrieben werden.
* **Gibt es ab 2024 überhaupt keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr?** Doch, es dürfen auch dann noch Öl- und Gasanlagen eingebaut werden – wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen: zum Beispiel müssen sie künftig grundsätzlich mindestens 65 Prozent grüner Gase wie Biomethan oder Öle aus erneuerbaren Rohstoffen beziehen.
* **Was bedeutet das alles für Mieter?** Wer zur Miete wohnt – also die Mehrheit der Deutschen –, soll vor einem starken Anstieg der Heizkosten geschützt werden. So dürfen in der Betriebskostenabrechnung des Vermieters nur bestimmte Beträge (das betrifft z.B. die Verwendung von Bio-Methan und energetisch schlecht ausgerüsteter Gebäude) an den Mieter weitergegeben werden. Allerdings darf der Hausbesitzer die Kosten für die Installation neuer Heizungen in einem gewissen Ausmaß an die Mieter weitergeben
* **Gibt es für Hausbesitzer eine ﬁnanzielle Förderung?** Ja, die Bundesregierung plant ein neues Fördersystem. Unter bestimmten Voraussetzungen soll es einen „Klimabonus“ geben. Einem Papier der Bundesregierung zufolge soll der Heizungsaustausch, je nach Technologie, in Höhe von 10 bis zu 40 Prozent bezuschusst werden.[[4]](#footnote-4) Habeck wollte eigentlich eine starke soziale Staffelung. Es habe in der Koalition aber keine Verständigung auf eine Einkommensprüfung gegeben, sagte er. „Zwischen Normalverdienern und Villenbesitzern wird kein Unterschied gemacht“, räumte er nun ein. Für Menschen, die Sozialtransfers bekommen, soll aber die Pﬂicht entfallen, dass von 2024 an jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren betrieben werden soll. Desungeachtet gibt es weithin Zweifel daran, ob die ältere Hausbesitzer**I**n, die sich ihr Häuschen als Altersvorsorge zusammen gespart hat, die Kosten die nun auf sie zu kommen, tragen wird können.[[5]](#footnote-5)
* **Was bringt das ganze Vorhaben?** Laut einer Branchenstudie könnten mit dem Einbau von Wärmepumpen im Jahr 2030 die jährlichen Gebäude-Emissionen um mehr als 25 Millionen Tonnen niedriger liegen. Das entspräche nahezu der Hälfte der nötigen Einsparung, die der Gebäudesektor bis 2030 erbringen müsste. Voraussetzung dafür ist aber auch, dass am Ende rund eine Million Wärmepumpen jährlich eingebaut werden und der Ökostrom-Anteil im Strommix dann wirklich deutlich höher liegt.[[6]](#footnote-6)

* **Kritik am Gesetzesentwurf gibt es von vielen Seiten**:

Die Union kritisiert z.B., dass niemand sagen könne, **woher die Handwerker kommen sollen** für den Einbau klimafreundlicher Heizungen. (Wirtschaftsminister Habeck hat allerdings das Versprechen der Hersteller, die Produktion von Wärmepumpen auf zumindest 500.000 Anlagen im kommenden Jahr hochzufahren.)

Offen ist außerdem die Frage, wie **steigende Gasnetzgebühren** verhindert werden sollen – wenn viele Menschen bald auf eine Wärmepumpe umsteigen, drohen die Gebühren für die Gasnutzer zu steigen. Die Regierung überlegt bereits, für die Jahre ab 2030 bestimmte Hilfen vorzubereiten, weil dann die Kosten deutlich spürbar würden.

Der Stadtwerkeverband VKU kritisiert, dass die vollständige **Umstellung des Verteilnetzes** auf Wasserstoff und grüne Gase statt für das Jahr 2045 bereits für 2035 gefordert werde.

Und das Deutsche Energieberaternetzwerk DEN fordert u.a. eine Ergänzung „um verbindliche Maßnahmen zur **Steigerung der Efﬁzienz der Gebäudehülle**“. Es fehle in der Novelle jeglicher Ansatz, „wie die EU-Regelungen zur Energieefﬁzienz der Gebäudehülle umgesetzt werden sollen“.

* Die Quelle dieser Infos: **#39.**
* **Die FDP wird übrigens in dieser Angelegenheit ihrer Bremserrolle wieder einmal voll gerecht**: Finanzminister Christian Lindner erklärte, dass er das Gesetz in dieser Form weder für umsetzbar noch für ﬁnanzierbar halte.[[7]](#footnote-7) Im parlamentarischen Verfahren müssten deshalb einschneidende Veränderungen vorgenommen werden. Siehe **#40** und **#79**
1. **Die Bundesregierung hat sich auf das lang erwartete Energieeffizienzgesetz geeinigt. Dieses Gesetz soll das für das Erreichen der Klimaziele so wichtige Energie- Einsparen beschleunigen und regeln.**

Am 19. April hat sich das Kabinett auf einen Entwurf des neuen Gesetzes geeinigt. Robert Habeck, der das Gesetz angeschoben hatte: „Klimaschutz und Energiewende können nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn wir auch die Verbrauchsseite stärker in den Blick nehmen. Es muss uns gemeinsam gelingen, den Energieverbrauch in Deutschland deutlich und dauerhaft zu reduzieren. Mit dem neuen Gesetz schaffen wir jetzt einen klaren Rahmen.“

Erstmals soll es damit Energiesparvorgaben für alle Sektoren von Industrie bis Gebäude geben. **Insgesamt soll der Endenergieverbrauch bis 2030 im Vergleich zu 2008 um 26,5 Prozent sinken.** Bis 2040 sollen 39 Prozent und bis 2045 möglichst 45 Prozent anvisiert werden (Laut Gesetzesentwurf sind allerdings diese Ziele für die Zeit nach 2030 nicht verbindlich festgeschrieben.)

Das Ziel 26,5 % orientiert sich an verschiedenen Studien zur projektierten Klimaneutralität im Jahr 2045. Sie haben ergeben: **Für einen höheren Endenergieverbrauch, als nun im Gesetz festgelegt, wäre eine unrealistische Anzahl von Windrädern und Solaranlagen nötig.**

Im Vergleich zu einem ersten Entwurf des Gesetzes, den Habecks Wirtschaftsministerium im Herbst an die anderen Ressorts geschickt hatte, finden sich in der neuen Version, nach der Abstimmung mit den anderen Ministerien, Abschwächungen. So gibt es zum Beispiel weniger Vorschriften für industrielle Großverbraucher. Auch bei den Sonderregelungen für Rechenzentren, die im Zuge der Digitalisierung ausgebaut werden, wurden Ziele zum Stopp von Energieverschwendung abgeschwächt.

Das biete keine ausreichende Planungssicherheit kritisiert beispielsweise die Deutsche Unternehmensinitiative *Energieeffizienz*, ein Verband von mehr als 200 Unternehmen aus verschiedenen Branchen, die besonders auf Energiesparen und Klimaschutz achten wollen.

Übrigens hatte auch **die EU kürzlich ihre Energieeffizienzrichtlinie überarbeitet** und sich erstmals ein verbindliches Ziel zum Energiesparen gesetzt. Der Endenergieverbrauch in der EU soll danach bis 2030 um 11,7 Prozent im Vergleich zu 2020 sinken. Laut der *Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz* (Deneff) bedeutet das für Deutschland eine Reduzierung des Endenergieverbrauchs sogar um 28 Prozent bis 2030. Siehe **#28** und **#64.**

----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

**LITERATUR**

**#01: <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-04/expertenrat-klimaschutzgesetz-novelle-kritik>**

**#14:** [**https://taz.de/Reform-des-Klimaschutzgesetzes/!5923019/**](https://taz.de/Reform-des-Klimaschutzgesetzes/%215923019/)

**#28:** [**https://www.klimareporter.de/finanzen-wirtschaft/deutschland-bekommt-ein-einsparziel**](https://www.klimareporter.de/finanzen-wirtschaft/deutschland-bekommt-ein-einsparziel)

**#30:** [**https://www.klimareporter.de/gebaeude/zu-viele-fossile-ausnahmen-beim-heizen**](https://www.klimareporter.de/gebaeude/zu-viele-fossile-ausnahmen-beim-heizen)

**#39:** [**https://www.spiegel.de/wirtschaft/heizungs-wende-das-muessen-hausbesitzer-und-mieter-wissen-a-47bc694a-356b-4fb2-b3d8-a9ced884e281#ref=rss**](https://www.spiegel.de/wirtschaft/heizungs-wende-das-muessen-hausbesitzer-und-mieter-wissen-a-47bc694a-356b-4fb2-b3d8-a9ced884e281#ref=rss)

**#40:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/heizung-gesetz-zuschuesse-1.5809263**](https://www.sueddeutsche.de/politik/heizung-gesetz-zuschuesse-1.5809263)

**#57:** [**https://www.zeit.de/wissen/2023-04/klimawandel-artenschwund-studie-alfred-wegener-institut**](https://www.zeit.de/wissen/2023-04/klimawandel-artenschwund-studie-alfred-wegener-institut)

**#64:** [**https://taz.de/Kabinett-will-Energieeffizienzgesetz/!5926250/**](https://taz.de/Kabinett-will-Energieeffizienzgesetz/%215926250/)

**#76:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/klimarat-klimaziele-alarm-1.5804608**](https://www.sueddeutsche.de/politik/klimarat-klimaziele-alarm-1.5804608)

**#78:** [**https://www.klimareporter.de/deutschland/ampel-im-klimastress**](https://www.klimareporter.de/deutschland/ampel-im-klimastress)

**#79:** [**https://www.sueddeutsche.de/wissen/atom-studie-15-millionen-tonnen-mehr-co2-mit-akw-abschaltung-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230414-99-308236?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/wissen/atom-studie-15-millionen-tonnen-mehr-co2-mit-akw-abschaltung-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230414-99-308236?source=rss)

**#80:** [**https://taz.de/Waermewende-in-Deutschland/!5926460/**](https://taz.de/Waermewende-in-Deutschland/%215926460/)

**#87:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/klimaschutz-koalition-streit-1.5811215?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/politik/klimaschutz-koalition-streit-1.5811215?source=rss)

**#92:** [**https://taz.de/Geplante-Foerderung-neuer-Heizungen/!5926357/**](https://taz.de/Geplante-Foerderung-neuer-Heizungen/%215926357/)

**#102:** [**https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klima-verzoegerungstaktik-was-springer-schaeffler-spahn-und-wagenknecht-gemeinsam-haben-a-3389f444-c450-49fb-8b15-323de27cfb1f**](https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klima-verzoegerungstaktik-was-springer-schaeffler-spahn-und-wagenknecht-gemeinsam-haben-a-3389f444-c450-49fb-8b15-323de27cfb1f)

**#103:** [**https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-gegen-die-gruenen-wie-friedrich-merz-den-klimastreber-robert-habeck-bremst-a-6757865c-4fab-4e8f-8794-5eb7ca372e3f**](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-gegen-die-gruenen-wie-friedrich-merz-den-klimastreber-robert-habeck-bremst-a-6757865c-4fab-4e8f-8794-5eb7ca372e3f)

1. **Quellen** **für das Folgende sind**: Online-Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften. Einzelne Textpassagen werden von mir manchmal nahezu wörtlich übernommen. Diesbezügliche Literaturhinweise (der Form **#nn**) befinden in den folgenden Textabschnitten. Sie gelten immer solange bis im Text der nächste Literaturhinweis erscheint. Am Ende dieses Berichts werden unter der Überschrift „Literatur“ die Quellen detailliert angegeben. [↑](#footnote-ref-1)
2. Geplant war die Verabschiedung durch Bundestag und Bundesrat noch vor der Sommerpause. [↑](#footnote-ref-2)
3. Zu den Strategien und Motivationen der überaus aktiven Gegner dieses Gesetzes siehe **#102 und #103.** [↑](#footnote-ref-3)
4. Das Geld dafür soll aus dem milliardenschweren Klima- und Transformationsfonds ﬂießen. "Die Finanzierung ist gesichert", sagt Habeck. Siehe **#40**. [↑](#footnote-ref-4)
5. Siehe **#78, #80, #92.** [↑](#footnote-ref-5)
6. Näheres dazu siehe **#30**. [↑](#footnote-ref-6)
7. Diesbezüglich gibt es eine Protokollnotiz im vom Kabinett verabschiedeten Gesetzesentwurf. [↑](#footnote-ref-7)